

Für insgesamt 6,3 Milliarden US-Dollar in bar übernimmt die **Toronto-Dominion Bank (TD Bank)** den Finanzdienstleister **Chrysler Financial**. Letzterer gehörte bislang dem Beteiligungsunternehmen **Cerberus Capital Management**, welches die ehemalige Chrysler-Tochter vom **Daimler-Konzern** erworben hatte. Eine Ausgabe neuer Aktien sei im Rahmen der Transaktion nicht vorgesehen, hieß es von der TD Bank.

Gegen eine Zahlung in Höhe von 553,6 Millionen US-Dollar hat die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, mit dem **United States Attorney's Office for the Southern District of New York**, der zum US-Justizministerium gehörenden Bundesstaatsanwaltschaft, eine Nichtverfolgungsvereinbarung (Non-Prosecution Agreement), und mit dem **Internal Revenue Service**, der dem US-Finanzministerium unterstellten Bundessteuerbehörde, eine Abschlussvereinbarung getroffen. Diesen zufolge werden Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bank an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften für Kunden, die etwa zwischen 1996 und 2002 getätigt wurden, beendet.

Über wesentliche Eckpunkte eines Verkaufs der **BHF-Bank AG**, Frankfurt am Main, hat sich die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, mit der Liechtensteiner LGT Group verständigt. Weitere Verhandlungen sollen damit exklusiv zwischen den beiden Instituten geführt werden. Der Abschluss der Transaktion wurde für das erste Quartal dieses Jahres in Aussicht gestellt. Die BHF-Bank war im Zuge der Übernahme der Kölner Privatbank **Sal. Oppenheim** zum Frankfurter Geldhaus gekommen.

Ende Dezember letzten Jahres ließ das **irische Finanzministerium** vom Obergericht in Dublin Anordnungen ausstellen, welche die **Allied Irish Banks (AIB)** zur Annahme einer staatlichen Kapitalspritze von 3,7 Milliarden Euro verpflichten. Damit wurde die Bank faktisch entprivatisiert. Der irische Staat erhält im Gegenzug stimmrechtige und stimmrechtslose Aktien, die seine Beteiligung von 18 auf zunächst 49,9 Prozent erhöhen. Sobald laufende Gespräche zum Verkauf der polnischen AIB-Tochter an den spanischen **Banco Santander** abgeschlossen sind, sollen die stimmrechtslosen Papiere umgewandelt werden. Damit würde sich der Staatsanteil auf 92,8 Prozent erhöhen.

18. Dezember 2010 bis 7. Januar 2011

Die im US-Staat Mississippi beheimatete Regionalbank **Hancock Holding** will die in New Orleans ansässige **Whitney Holding** erwerben. Der Wert der Übernahme, die per Aktientausch erfolgen soll, wird auf 1,5 Milliarden US-Dollar beziffert. Dies entspricht einer Prämie von 42 Prozent auf den Schlusskurs vor Bekanntgabe der Absichten. Als Teil der Übernahmeofferte will Hancock 300 Millionen US-Dollar zurückzahlen, die der angeschlagene Kreditgeber für die Öl- und Gasindustrie aus dem Tarp-Programm (Troubled Asset Relief Program) der US-Regierung erhalten hatte. Die Transaktion soll im zweiten Quartal abgeschlossen werden.

Für umgerechnet 162 Millionen US-Dollar kauft die spanische Großbank **Banco Santander** das mexikanische Hypothekengeschäft von **GE Capital**, der Investmentsparte des gleichnamigen US-Großkonzerns. Damit verbunden sei die Übernahme eines Kreditportfolios von knapp zwei Milliarden US-Dollar, heißt es von dem spanischen Institut. Die Transaktion steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Behörden und soll bis Mitte des laufenden Jahres abgeschlossen werden. Im Juni 2010 hatte das spanische Institut für 2,5 Milliarden US-Dollar ein ausstehendes Paket von 24,9 Prozent an der mexikanischen Tochter von der **Bank of America** zurückgekauft.

Ein Konsultationspapier zu verschärften Regeln für Bonizahlungen hat der **Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht** vorgelegt. Demnach müssen Finanzinstitute künftig nicht nur die Ziele und wesentlichen Merkmale ihrer Vergütungspraxis offenlegen, sondern unter anderem auch das Verhältnis zu möglichen Risiken erklären und die Abhängigkeit variabler Entgelte auf Führungsebene von Gewinnkomponenten aufzeigen. Außerdem sollen weitere Vergütungsbestandteile abgefragt werden, und die Veränderungen in den letzten drei Jahren müssen skizziert werden. Anmerkungen zu dem Entwurf können bis zum 25. Februar 2011 eingereicht werden.

Turnusgemäß hat zum 1. Januar 2011 der **Bundesverband deutscher Banken (BdB)**,

Berlin, die Führung im **Zentralen Kreditausschuss (ZKA)** übernommen. Im vergangenen Jahr hatte diese beim **Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV)**, Berlin, gelegen. Mitglieder im ZKA sind neben BdB und DSGV noch der Bundesverband Deutscher Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), der Bundesverband öffentlicher Banken (VÖB), und der Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp).

Von Juli dieses Jahres an sollen für Sparkassenkunden alle ec-Zahlungen etwa im Handel ausschließlich über die Chipfunktion mit Eingabe der Geheimzahl abgewickelt werden. Nach Plänen des **Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV)**, Berlin, sollen von 2012 an zudem alle Abhebungen an Geldautomaten mittels Girocard auf diese Weise erfolgen, gleiches gilt danach für den Ausdruck von Kontoauszügen.

Unter dem Dach einer Holding mit dem Namen **Banco Financiero y de Ahorros** haben die spanischen Sparkassen **Caja Madrid, Bancaja, Caja de Canarias, Caixa Laietana, Caja Segovia, Caja La Rioja und Caja Avila** ihre Geschäftsführung, ihre vollständigen Nettogewinne, die Risikokontrolle und alle Marktaktivitäten zur Kapitalbeschaffung und zur Vermögensverwaltung für mindestens zehn Jahre zusammengelegt. Damit stellen sie mit einer addierten Bilanzsumme von 340 Milliarden Euro Spaniens drittgrößte Bank nach dem Banco Santander und dem Banco Bilbao Vizcaya Argentaria. Mit der „Sistema Institucional de Protección“ genannten Integrationsmöglichkeit können die Institute ihre juristische Form weiterführen.

Eine Absichtserklärung zum Ausbau ihrer Geschäftsbeziehungen haben die **HSH Nordbank AG**, Hamburg und Kiel, und die **China Development Bank (CDB)** unterzeichnet. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sollen vor allem die international ausgerichteten Geschäftsfelder der Landesbank bilden, wie die maritime Wirtschaft, erneuerbare Energien und die Luftverkehrswirtschaft. Dabei stehen den Plänen zufolge gemeinsame Finanzierungen und Syndizierungen in den jeweiligen Bereichen im Vordergrund. Im Dezember vergangenen Jahres hatte die HSH Nordbank mit der im Staatsbesitz befindlichen CDB eine Refinanzierungsvereinbarung in Höhe von 500 Millionen US-Dollar geschlossen.